Soziale Liste Bochum

Im Rat

Bochum 2004-10-22

PRESSEINFORMATION

Soziale Liste im Rat nimmt Angebot zur Zusammenarbeit an.

Die Soziale Liste im Rat nimmt das Angebot von OB Dr. Ottilie Scholz zur Zusammenarbeit mit allen Ratsmitgliedern an. Diese hatte in ihrer Antrittsrede zur gemeinsamen Arbeit zum Wohle der Stadt aufgerufen und als Grundlage formuliert: „Offen im Gespräch, fair im Umgang und sachlich in der Arbeit“.

Zur Opel-Resolution: „Gemeineigentum“ und „keine Maßregelungen“

Die Soziale Liste im Rat hat keineswegs die Opel-Resolution „in Verruf“ gebracht. Im Gegenteil: Mit Einfügungen aus dem Grundgesetz, als auch der Landesverfassung von NRW, sollte auf die Möglichkeit „Betriebe in Gemeineigentum zu überführen“ hingewiesen werden. Außerdem sollte eingefügt werden das niemand von der Opel-Belegschaft gemäßregelt oder entlassen werden darf.

Die Soziale Liste im Rat war nicht in den Diskussionsprozess um die Resolution eingebunden. Lediglich einen Tag vorher wurde ihr ein Exemplar der Resolution in der SPD Geschäftsstelle übergeben und bemerkt, dies sei der Text auf den sich die Fraktionen geeinigt hätten.

Die drei Ergänzungsanträge:

Einfügung 1 :

Er erinnert an den Artikel 14 im Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Er erinnert auch daran, dass sowohl das Grundgesetz (Artikel 15, Sozialisierung), als auch die Landesverfassung von NRW (Artikel 27, Monopolbetriebe und Kartelle) die Möglichkeit eröffnen, Betriebe in Gemeineigentum zu überführen.

Einfügung 2:

Im Zusammenhang mit den Informationsveranstaltungen und Protestaktionen der Opel-Belegschaft darf niemand von der Geschäftsleitung gemäßregelt oder entlassen werden.

Einfügung 3:

In diesem Zusammenhang erinnert die Stadt Bochum an die vielen Millionen Steuergelder, die von der Stadt Bochum und dem Land NRW in das Projekt Opel geflossen sind.